

Weiterleitung von Erkenntnissen an Strafverfolgungsbehörden ohne eigene strafrechtliche Prüfung durch Finanzbehörde

Sehr geehrte Mandanten,

der BFH hat mit Beschluss vom 14.07.2008 entschieden:

Begründen Tatsachen den Verdacht einer Tat, die den Straftatbestand einer rechtswidrigen Zuwendung von Vorteilen erfüllt, ist die Finanzbehörde ohne eigene Prüfung, ob eine strafrechtliche Verurteilung in Betracht kommt, **verpflichtet**, die erlangten Erkenntnisse an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten. Das Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebieten es nicht, dass das Finanzamt vor der Übermittlung der den Tatverdacht begründeten Tatsache prüft, ob hinsichtlich der festgestellten Zuwendung Strafverfolgungsverjährung eingetreten ist oder Verwertung- bzw. Verwendungsverbote vorliegen.

Der Verdacht, der die Information der Strafverfolgungsbehörde gebietet, besteht, wenn ein Anfangsverdacht im Sinne des Strafrechts gegeben ist.

Mit dieser Entscheidung werden alle Finanzbeamten verpflichtet, Ansatzpunkte für Straftaten an jegliche weitere Behörden, insbesondere an die Staatsanwaltschaft, weiterzuleiten. Im Rahmen aller Steuerprüfungen ist damit zu rechnen, dass die Außenprüfer Informationen weitergeben, falls ein Verdacht anfällt.

Mit freundlichen Grüßen

Eugen Jakoby